S 35 SB 165/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Schwerbehindertenrecht

Abteilung 13

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren GdB
Leitsätze -

Normenkette SGB IX § 152

1. Instanz

Aktenzeichen S 35 SB 165/17 Datum 05.05.2021

2. Instanz

Aktenzeichen L 13 SB 123/21 Datum 16.06.2022

3. Instanz

Datum -

Â

Die Berufung des Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Potsdam vom 5. Mai 2021 wird zurĽckgewiesen.

Â

Der Beklagte hat der Klägerin deren notwendige auÃ□ergerichtliche Kosten fÃ⅓r das Berufungsverfahren zu erstatten. Im Ã□brigen bleibt es bei der Kostenentscheidung des Sozialgerichts.

Â

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Gründe

Â

١.

Â

Die Beteiligten streiten $\tilde{A}^{1/4}$ ber die H \tilde{A} ¶he des bei der Kl \tilde{A} ¤gerin festzustellenden Grades der Behinderung (GdB).

Â

Bei der 1978 geborenen KlĤgerin wurde eine idiopathische Hypersomnie diagnostiziert. Deren Antrag vom 23. September 2016 auf Feststellung eines GdB lehnte der Beklagte mit Bescheid vom 3. Februar 2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 15. Juni 2017 mit der Begründung ab, es bestünden keine Beeinträchtigungen, die mit einem GdB von mindestens 20 zu bewerten seien.

Â

Im anschlieÄ enden Klageverfahren hat das Sozialgericht Cottbus Befundberichte der die Klä¤gerin behandelnden Ä rzte und das Gutachten der Fachä¤rztin få¼r Neurologie Dr. H vom 9. Mä¤rz 2021 mit ergä¤nzender Stellungnahme vom 3. Mai 2021 eingeholt, die den Gesamt-GdB auf mindestens 40 eingeschä¤tzt hat. Neben einer Drang-Harninkontinenz, die mit einem Einzel-GdB von 10 zu bewerten sei, leide die Klä¤gerin an einer krankhaften Einschlafneigung. Entgegen der Auffassung des behandelnden Schlafmediziners, der eine pathologische Hypersomnie diagnostiziert hat, halte sie die Diagnose einer Narkolepsie fã¼r wahrscheinlicher. Hierfã¼r spreche der imperativ auftretende Schlafdrang in Form von Schlafattacken in vã¶llig unpassenden Situationen. Angesichts der erheblichen funktionellen Beeinträ¤chtigung werde in Orientierung an die Versorgungsmedizin-Verordnung, die fã¼r die Narkolepsie einen Einzel-GdB von 50 bis 80 vorsehe, ein Einzel-GdB von mindestens 40 empfohlen.

Â

Unter $\tilde{A} \square$ nderung seines Teilanerkenntnisses vom 4. Mai 2021 hat der Beklagte in der m \tilde{A}^1 /4ndlichen Verhandlung vor dem Sozialgericht am 5. Mai 2021 erkl \tilde{A} xrt, bei der Kl \tilde{A} xgerin ab dem 23. September 2016 einen GdB von 20 festzustellen. Die Kl \tilde{A} xgerin hat dieses Teilanerkenntnis angenommen und den Rechtsstreit im \tilde{A} brigen fortgesetzt.

Â

Das Sozialgericht hat mit Urteil vom 5. Mai 2021 den Beklagten verpflichtet, bei der Klägerin mit Wirkung ab dem ab dem 23. September 2016 einen GdB von 50 festzustellen. Zur Begründung hat es ausgeführt, bei der Klägerin liege eine Narkolepsie vor, die mit einem Einzel-GdB von 50 zu bewerten sei. Der Gesamt-GdB

betrage 50, da sich der Einzel-GdB von 10 f $\tilde{A}^{1/4}$ r die Harninkontinenz nicht erh \tilde{A}^{1} hend auswirke.

Â

Gegen die sozialgerichtliche Entscheidung hat der Beklagte Berufung eingelegt. Er ist der Ansicht, die Klä¤gerin habe keinen Anspruch auf einen hä¶heren Gesamt-GdB als 40. Die Diagnosekriterien fã¼r eine Narkolepsie seien nach dem Bericht der C vom 24. August 2016 nicht als erfã¼llt angesehen worden. Eine abweichende Diagnose hã¤tte von der Sachverstã¤ndigen ohne erneute schlafmedizinische und ohne testpsychologische Diagnostik nicht gestellt werden dã¼rfen. Im ã¼brigen rechtfertige auch der Tagesablauf der Klã¤gerin keinen GdB von 50.

Â

Der Beklagte beantragt schriftsAxtzlich,

Â

das Urteil des Sozialgerichts Cottbus vom 5. Mai 2021 insoweit aufzuheben, als er verpflichtet worden ist, bei der KlĤgerin einen hĶheren Grad der Behinderung als 40 festzustellen, und die Klage in diesem Umfang abzuweisen.

Â

Die KlAxgerin beantragt schriftsAxtzlich,

Â

Â . die Berufung zurückzuweisen.

Â

Sie hält die erstinstanzliche Entscheidung für zutreffend.

Â

Wegen der weiteren Ausführungen der Beteiligten wird auf deren Schriftsätze Bezug genommen. Ferner wird auf den übrigen Inhalt der Gerichtsakte und des Verwaltungsvorgangs der Beklagten verwiesen, die vorgelegen haben und Gegenstand der Entscheidung gewesen sind.

Â

Â

Â

Â

II.

Â

Die Berufung des Beklagten wird nach $\frac{\hat{A}\S}{153}$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss zur \tilde{A}^{1} /4ckgewiesen, da der Senat sie einstimmig f \tilde{A}^{1} /4r unbegr \tilde{A}^{1} /4ndet und eine m \tilde{A}^{1} /4ndliche Verhandlung nicht f \tilde{A}^{1} /4r erforderlich h \tilde{A} xlt. Die Beteiligten hatten Gelegenheit zur Stellungnahme.

Â

Das Sozialgericht hat den Beklagten im Ergebnis zu Recht zur Feststellung eines Gesamt-GdB von 50 verpflichtet, da die KlĤgerin hierauf Anspruch hat.

Â

Nach § 152 Abs. 1 Sozialgesetzbuch, Neuntes Buch (SGB IX) sind die Auswirkungen auf die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft nach Zehnergraden abgestuft zu bewerten. Hierbei sind die in der Anlage zur Versorgungsmedizin-Verordnung (VersMedV) vom 10. Dezember 2008 (BGBI. I S. 2412) festgelegten â∏Versorgungsmedizinischen GrundsÃxtzeâ∏ (VMG) heranzuziehen.

Â

Die krankhafte SchlafstĶrung bei der KlĤgerin ist mit einem Einzel-GdB von 50 zu bewerten.

Â

Hierbei lässt der Senat offen, ob die Erkrankung der Klägerin als Narkolepsie zu diagnostizieren ist, da es hierauf nicht ankommt. Denn maÃ \square geblich fÃ 1 /4r die Einstufung des Grades der Behinderung ist nicht die medizinische Diagnose einer Gesundheitsstörung, vielmehr sind nach $\frac{1}{4}$ 152 Abs. 1 Satz 5 SGB IX die Auswirkungen auf die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft entscheidend. Hiermit $\frac{1}{4}$ 4bereinstimmend sieht A 2a Satz 4 VMG vor, dass der GdB ein Ma $\frac{1}{4}$ 16 k $\frac{1}{4}$ 17 die k $\frac{1}{4}$ 17 mer in die k $\frac{1}{4}$ 18 mer in der Gesundheitsschadens darstellt, wobei nach Satz 2 dieser Vorschrift die Auswirkungen der Funktionsbeeintr $\frac{1}{4}$ 2 mer in allen Lebensbereichen ma $\frac{1}{4}$ 19 gebend sind.

Â

B 3.2 VMG sieht für die Narkolepsie einen Mindest-GdB von 50 vor. Je nach Häufigkeit, Ausprägung und Kombination der Symptome ist ein GdB-Rahmen bis 80 vorgesehen, wobei neben Tagesschläfrigkeit, Kataplexien, automatischem Verhalten im Rahmen von Ermüdungserscheinungen, Schlaflähmungen und

hypnagogen Halluzinationen insbesondere Schlafattacken genannt werden. Ein GdB von 50 ist nach B 8.7 VMG auch fÃ¹/₄r das Schlaf-Apnoe-Syndrom bei nicht durchführbarer nasaler Ã∏berdruckbeatmung vorgesehen. Die Auswirkungen dieser Hypersomnie äuÃ∏ern sich in Schlafstörungen, erhöhter Tagesmüdigkeit und psychischen Folgeerscheinungen (vgl. Sachverständigenbeirat, Sitzung vom 24. bis 25. April 2002). Nach der Rechtsprechung des Senats (vgl. Urteil vom 15. Januar 2015 â∏∏ L 13 SB 52/11 â∏∏. Rn. 17 bei juris) sind ferner bei der Bewertung des Restless-Legs-Syndroms die Vorgaben in B 3.1.2 VMG für Hirnschäden mit isoliert vorkommenden bzw. führenden Syndromen heranzuziehen, die insoweit die in B 3.1.1 VMG genannten GrundsÃxtze der Gesamtbewertung von HirnschÃxden konkretisieren: Für den Fall, dass das Restless-Legs-Syndrom zu einer erheblichen StĶrung des Nachtschlafs und konsekutiv einer BeeintrÄxchtigung des Wohlbefindens am Folgetag führt, hat der Senat das Vorliegen einer mittelschwerer LeistungsbeeintrÄxchtigung angenommen (Landessozialgericht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 20. Dezember 2018 â∏ L 13 SB 303/16 â∏, juris), für die ein GdB-Rahmen von 50 bis 60 vorgesehen ist.

Â

Unter Heranziehung dieser durch die VMG vorgeschriebenen BewertungsmaÄ stĤbe ist die Hypersomnie, die sich nach den Feststellungen der SachverstĤndigen Dr. H in imperativ auftretenden Schlafattacken ĤuÄ ert, mit einem Einzel-GdB von 50 zu bewerten. Hierbei berļcksichtigt der Senat, dass es sich um funktionell erhebliche EinschrĤnkungen handelt, die sich im Alltag der KlĤgerin deutlich auswirken.

Â

Der Einzel-GdB von 50 bildet auch den Gesamt-GdB ab.

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf \hat{A} § 193 SGG. Sie ber \tilde{A} ½cksichtigt den Ausgang des Rechtsstreits.

Â

Die Voraussetzungen f $\tilde{A}^{1/4}$ r die Zulassung der Revision ($\frac{\hat{A}\S 160 \text{ Abs. 2 SGG}}{160 \text{ Abs. 2 SGG}}$) sind nicht erf $\tilde{A}^{1/4}$ Ilt.

Â

Erstellt am: 23.06.2022

Zuletzt verändert am: 22.12.2024		